Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 6.25 Mk., vierteljährl. 24.75 M.k. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 6 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 39. **Halle, Dienstag, den 25. Januar 1921.** **Einzelpreis 20 Pfg.**

Oberschlesien.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „United Telegraph" stellte der polnische Minister des Aeußern, Fürst Sapieha, über die oberschlesische Frage eine Reihe von völlig unzutreffenden Behauptungen auf. U. a. sagte er:

„Der polnische Charakter Oberschlesiens ist unbestreitbar. Obgleich Oberschlesien jahrhundertelang von der Zugehörigkeit zum polnischen Staate getrennt war, hat die Bevölkerung zähe die polnische Sprache bewahrt und ebenso zähe an den polnischen Sitten festgehalten. Wirtschaftlich ist Oberschlesien die natürliche Ergänzung des polnischen Staatsorganismus. Durch Anschluß an Polen wird Oberschlesien die Möglichkeit neuer zukünftiger Entwicklung gewinnen. Polen war und ist Hauptlieferant von Nahrungsmitteln für das oberschlesische Bergwerks- und Industriegebiet. Anderseits kann ruhig behauptet werden, daß Deutschland auch ohne Oberschlesien wirtschaftlich sich entwickeln und seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage um so eher nachkommen kann, als ihm aus Oberschlesien namhafte Quantitäten an Kohle vertragsmäßig zugesichert sind. Der polnische Arbeiter wird für sein eigenes Vaterland ungleich produktiver arbeiten als für ein deutsches Oberschlesien."

„United Telegraph" hat nun Reichsminister Dr. Simons gebeten, seinerseits zu der Frage Stellung zu nehmen. Dr. Simons erklärte folgendes:

„Fürst Sapieha hat den polnischen Charakter Oberschlesiens als unbestreitbar bezeichnet, weil das Volk dort polnische Sprache und Sitte bewahrt habe, obwohl Oberschlesien jahrhundertelang vom polnischen Staate getrennt gewesen sei. Das ist eine irreführende Darstellung.

Zunächst ist Oberschlesien ein Bestandteil eines selbständigen polnischen Staates nie gewesen; wohl aber war es seit länger als einem Halbjahrtausend mit Deutschland verbunden. Eine Nationalität, die es nie gehabt hat, konnte es nicht festhalten. Man darf deshalb auch nicht von der Uebereinstimmung in Sprache und Sitte reden. Wenn in Oberschlesien ein Teil der Bevölkerung ein polnisches Idiom spricht, so ist dieses Idiom doch von der polnischen Schriftsprache durchaus verschieden. Ein großer Teil der polnisch sprechenden Oberschlesier hat zugleich deutsch gesprochen und spricht auch jetzt noch deutsch. Jedenfalls haben diese polnisch sprechenden Oberschlesier bis vor kurzem keine nationalpolnische Tendenz gekannt, sondern sich in ihrer ganzen Denkart als Angehörige Deutschlands gefühlt. Eine derartige Tendenz ist erst in allerjüngster Zeit künstlich von außen her in das Volk getragen worden. Wie wenig bis zuletzt die polnisch sprechende Bevölkerung Oberschlesiens von dieser Agitation ergriffen worden ist, das beweist die Statistik der Reichstagswahlen.

Fürst Sapieha bezeichnet ferner Oberschlesien in wirtschaftlicher Beziehung als natürliche Ergänzung des polnischen Staatsgebildes. Es wäre zutreffend gewesen, zu sagen, daß die Polen die Einrichtung und Schaffung eines polnischen Wirtschaftsorganismus erst von Oberschlesien erwarten. Polen besitzt in seinen heutigen Grenzen reiche Schätze an Kohlen und Erzen, die es längst hätte ausbeuten können, die es aber nicht ausgenutzt hat. Trotz solcher Hilfsquellen steckt heute die nationale Wirtschaft Polens noch in den Kinderschuhen. Lägen in Oberschlesien die wirtschaftlichen Schätze ebenso unausgebeutet unter der Erde wie in Polen, so wäre den Polen vermutlich an dem Lande nichts gelegen.

Die Polen wollen die großartige Industrie, die die Deutschen in unsäglicher Mühe mit dem Aufwand von Kenntnissen und Energien aller Art in Oberschlesien geschaffen haben, samt ihrem weitverzweigten Handel fertig in die Hand bekommen. Den Nutzen aber, den sie von Oberschlesien erhoffen, werden sie nicht haben. Es ist unverkennbar, wie Handel und Industrie in den bereits an Polen abgetretenen deutschen Gebieten zurückgegangen sind. Die Polen waren nicht imstande, die industriellen Unternehmungen dort auszunutzen, geschweige denn weiter zu entwickeln; noch viel weniger werden sie aber imstande sein, dieses Ziel mit der unverhältnismäßig gewaltigeren Industrie Oberschlesiens zu erreichen. Hunderttausende von Industriearbeitern würden durch den unausbleiblichen Niedergang der Industrie um ihre Arbeit gebracht werden und verarmen.

Alles, was Fürst Sapieha über den Absatz der oberschlesischen Industrie nach Polen und über die Versorgung Schlesiens mit polnischen Eisenerzen sagt, wird durch diese Betrachtung widerlegt. Wollten die Polen — wofür heute keine Anzeichen vorhanden sind — sich wirklich auf die wirtschaftliche Höhe emporarbeiten, die ihnen vorschwebt, so bedürften sie dazu nicht des oberschlesischen Territoriumbesitzes. Wenn sie aber auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Initiative weiter versagen, so können sie vielleicht das, was Deutschland in Oberschlesien geschaffen hat, eine Zeitlang abnutzen; dabei wird indes dieses Produkt der Arbeit fleißiger und unternehmender Generationen unrettbar zugrunde gehen. Es geht nicht nur Polen, nicht nur Deutschland, sondern Europa verloren.

Was die Ernährung Oberschlesiens durch die Polen anbelangt, so ist zu bemerken: Kongreßpolen hat auch vor dem Kriege seine eigene Bevölkerung nur mit Not und Mühe zu ernähren vermocht. Das hätte sich bei friedlicher Entwickelung und fleißiger Arbeit wahrscheinlich ändern und Polen hätte bei intensiver Bewirtschaftung sogar ein landwirtschaftliches Exportland werden können. Die Dinge haben sich jedoch so entwickelt, daß daran für längere Zeit nicht die Rede sein kann.

Polen ist ein Land der Entbehrungen geworden, und das Bestreben, seine Landwirtschaft auf die Höhe zu bringen, um andere Gebiete zu versorgen, bleibt vorläufig nur ein Wunsch.

Von der Pariser Konferenz.

Der Londoner Berichterstatter des „Temps" meldet, die Hoffnung auf eine baldige Einigung in der so wichtigen Entschädigungsfrage sei gestiegen, da man in Frankreich eine Tendenz festzustellen glaube, die sich dem englischen Standpunkt nähere, der darauf hinausgehe, eine Entspannung in Europa herbeizuführen, ohne die berechtigten Interessen der alliierten Länder zu opfern. Aus diesem Grunde habe sich auch die englische Regierung wenig geneigt gezeigt, starke Mittel anzuwenden. Möge es sich nun um die Entwaffnung Deutschlands oder um die Reparationsfrage handeln, der zukünftige Frieden könne nach Ansicht der englischen Regierung bestimmt sichergestellt werden, wenn man zur Ueberredung, also zum diplomatischen Druck seine Zuflucht nehme, also nicht zu Zwangsmaßnahmen, wie zur Besetzung neuer Gebiete, schritte. Wenn die Regierung in Berlin erkläre, sie könne die Einwohnerwehren in der vorgeschriebenen Frist nicht auflösen, und wenn dies wahr sei, sei die einzige vernünftige Lösung die, ihr eine neue Frist zu bewilligen.

Zur Pariser Konferenz schreibt das Giornale d'Italia: Die italienische und die englische Regierung werden in höflicher, aber fester Form in Paris zu verstehen geben, sie könnten die letzte französische Note an Deutschland nicht billigen, hauptsächlich weil dieselbe abgesandt worden ist, ohne vorher die Verbündeten in Kenntnis zu setzen. Die Durchführung des Friedensvertrages ist eine interalliierte und nicht nur eine französische Angelegenheit. Das Blatt fährt fort: Die Meinungen Englands und Frankreichs gehen in der Frage der Reparation noch mehr auseinander. Der italienische Gesichtspunkt stimmt eher mit dem englischen überein. Die italienische Abordnung wird sich daher in den beiden Fragen der Entwaffnung und der Reparation bestreben, den französischen und den englischen Gesichtspunkt zu vereinigen, zugleich aber Deutschlands Wiederaufbau zu ermöglichen. In der Orientfrage hingegen schließt sich Italien mehr dem französischen Gesichtspunkte an. In dieser Frage beweist England dieselbe Intransigenz wie Frankreich in Bezug auf die deutsche Entwaffnung. Die russische Frage ist vielleicht die allerschwierigste. Hier ist es wiederum Frankreich, das auf seinem Standpunkt beharrt, während Italien und England geneigt sind, unter den nötigen Voraussetzungen der tatsächlichen russischen Lage Rechnung zu tragen und Rußland beizustehen, damit es seine Rolle in der allgemeinen europäischen Wirtschaft wiederaufnehmen kann.

Westminster Gazette schreibt in einem „Große Täuschungen" überschriebenen Leitartikel, bedeutende Staatsmänner sprächen von der Uebertragung der Reichtümer Deutschlands auf die Schatzämter der Alliierten. Das Blatt fragt, wie die Dividenden der deutschen Firmen, auf die Briand in seiner Rede hinweise, aufrecht erhalten und auf Frankreich oder die Alliierten übertragen werden sollten in Anbetracht dessen, daß man sie nicht mit Gewalt zur Arbeit zwingen könne, und daß sie mit Bestimmtheit nicht arbeiten würden, wenn man ihnen den Beweggrund des privaten Vorteils und die Hoffnung auf die Wiedergewinnung ihrer Freiheit nehme. Reichtum sei kein greifbares Gut, das einfach genommen und über die Grenzen gebracht werde, er müsse von Tag zu Tag durch Arbeit geschaffen werden. Wenn man eine deutsche Reparation wolle, so müsse man bereit sein, deutsche Waren anzunehmen, und alle Tarif- und anderen Hemmnisse, die ihre Einfuhr verhindern, beseitigen. Westminster Gazette ist der Ansicht, Briand werde sich wahrscheinlich glücklich schätzen, wenn er heute etwas von Deutschland erhalten könne und seinem Nachfolger den übrigen Teil überlassen.

Evening News meldet unter Hinweis auf den in Deutschland stattfindenden Kampf zwischen englischen und amerikanischen Petroleumfirmen und Petroleumdepots, nach der Aufmerksamkeit zu schließen, die die amerikanische Handelswelt Deutschland zuwende, scheine das Vertrauen Amerikas in die Wiederherstellung Deutschlands unbegrenzt zu sein.

Wie der „Intransigeant" über die gestern stattgehabte Unterredung zwischen Briand, Lloyd George und Lord Curzon erfahren haben will, handelte es sich um eine Unterhaltung, um zu wissen, in welchem Geiste man auf beiden Seiten zur Konferenz gehe. Diese kurze Aussprache habe gezeigt, daß die Konferenz sehr gute Ergebnisse zeitigen werde. Der Korrespondent hat von einer unterrichteten Persönlichkeit erfahren, daß man glaube, in der Entwaffnungsfrage ohne die geringsten Schwierigkeiten ein Einverständnis zu erzielen. In der Reparationsfrage habe Lloyd George Briand erklärt, daß er nicht mit dem Entschluß komme, seinen Standpunkt über den Pauschalbetrag durchzudrücken. Nach dem „Matin" soll Lord Curzon erklärt haben, daß die Franzosen mit dieser Konferenz zufrieden sein können. Das Blatt glaubt sogar, daß schon heute mittag zwei Fragen geregelt werden könnten, nämlich, welche Fristen man für die Auflösung der Einwohnerwehren bewilligen werde und wie lange man noch die interalliierte Kontrollkommission in Deutschland unterhalten wolle.

Prof. Lujo Brentano über die Schuld am Kriege.

Prof. Lujo Brentano, der bekannte Nationalökonom der Münchener Universität, beendete heute abend seine vielbeachtete Vortragsreihe zur Untersuchung der englischen Vorgeschichte des Krieges. Seine Ausführungen sind bemerkenswert als Kampf gegen die Fiktion, daß Deutschland allein die Schuld am Kriege hätte, auf die sich der Vertrag von Versailles stützt. Brentano schilderte an Hand der Veröffentlichungen des Engländers Ed. Morels das hinterlistige Treiben der englischen Diplomatie und das Doppelspiel Greys und Asquiths, die hinter dem Rücken des Parlaments Frankreich die englische Unterstützung zugesagt hätten. Brentano charakterisierte ferner ausführlich die Tätigkeit der Union of Democratic Control, die sich für die Revision des Friedensvertrages einsetzt. Zum Schluß unterzog er den Völkerbund einer vernichtenden Kritik und nannte ihn eine „Organisation zur Niederhaltung Deutschlands". Das erweise sich aus der Mißachtung des § 18 des Völkerbundvertrages (Anmeldung abgeschlossener Verträge) um den sich kein Mensch kümmere. Frankreich und Belgien hätten unter der Hand ein Militärabkommen getroffen und der Völkerbundsrat, der davon keine offizielle Mitteilung erhalten habe, hätte dazu geschwiegen.

Der Verlust der Rheinschiffahrt.

Die „Frankfurter Zeitung" erörtert von unterrichteter Seite: Der Fachausschuß der deutschen Binnenschiffahrt für die Abgabe der Binnenschiffahrtsflotte nach § 357 des Versailler Vertrages hat den Schaden, der die Rheinschaffahrt betrifft, auf 500 Millionen Mark berechnet. In den Ententeforderungen werden die Schiffe doppelt und dreifach verlangt. Eine eigentliche Schiffsliste ist bisher Deutschland nicht übergeben. Als Grundlage dient vielmehr die des amerikanischen Schiedsrichters. Die Versammlung wählte für die Pariser Verhandlungen Vertreter aus den einzelnen Stromgebieten. Es soll versucht werden, der Entente Schiffe anzubieten, die erst gebaut werden sollen, um so den Verlust der für den Verkehr dringend notwendigen Fahrzeuge auszugleichen und dabei Arbeitsmöglichkeiten zu gewinnen.

Die Elbekonferenz.

Außer Deutschland und der tschecho-slowakischen Republik haben auf Grund des Versailler Vertrages England, Frankreich, Italien und Belgien Delegationen zur Elbekonferenz nach Dresden entsandt. Ferner nimmt ein Vertreter des Völkerbundes an den Beratungen teil. Der Kommission liegt ein deutscher und ein tschecho-slowakischer Entwurf für die neue Elbschiffahrtsacte vor.

Die Holländer in Hamburg.

Die Veranstaltungen aus Anlaß der Anwesenheit der niederländischen Gäste in Hamburg fanden ihren Abschluß durch ein Essen im Uhlenhorster Fährhaus, zu dem auch Vertreter des Senats, des Auswärtigen Amtes, der Handelskammer, der Presse, ferner der holländische Generalkonsul Flaes, Leiter von Großbanken, Reedereien und Werften, sowie großer Handelsfirmen erschienen waren. Bürgermeister Stolten begrüßte die Gäste namens des Senats und hob das stets freundschaftliche Entgegenkommen Hollands hervor, dessen Vertreter als die ersten Ausländer wieder nach Hamburg gekommen seien. Der holländischen Hilfe nach der Hungerblockade werde man stets dankbar gedenken. Einen Krieg wie den letzten dürfe es nicht wieder geben. Der holländische Generalkonsul betonte, daß Deutschlands Gedeihen notwendig sei, damit es ein Bollwerk für die ganze zivilisierte Welt sein könne. Holland müsse erfahren, daß das deutsche Volk arbeitsam und dankbar sei. Weitere Ansprachen von deutscher und holländischer Seite folgten. Ihren Dank für die anregende und stimmungsvolle Veranstaltung brachten die holländischen Gäste durch Singen ihres Nationalliedes zum Ausdruck, und die Deutschen erwiderten mit dem Gesang von „Deutschland, Deutschland über alles!"

Politik und Presse.

Reichsminister des Aeußern Dr. Simons sprach in der Festsitzung des Reichsverbandes der deutschen Presse über „Politik und Presse" und führte u. a. folgendes aus: Die Presse kommt für die politische Leitung eines Volkes in Betracht als Nachrichtenquelle und als Gestalterin und Darstellerin der öffentlichen Meinung. Wie man eine Presse nicht leiten sollte, haben wir im Kriege schaudernd erlebt. Ich kann nur eine Presse hochschätzen, die sich in diesem Sinne überhaupt nicht leiten läßt. Die deutsche Presse hat Gott sei Dank ihren eigenen Charakter, ein Versuch, die deutsche Presse anders zu leiten als in der Richtung ihrer politischen Ueberzeugung wäre zur Erfolglosigkeit verurteilt. Doch empfehle ich der Presse, nicht eigensinnig festzuhalten an Dogmen und Doktrinen. Der Minister schloß mit dem Wunsche, daß es dem Reichsverband gelingen werde, sein Werk durch diese schwere Zeiten erfolgreich in eine bessere Zukunft hinüberzuführen.

Darauf sprach Chefredakteur Georg Bernhard über „Volk und Presse". Geheimrat Professor Dr. Diels behandelte das Thema „Wissenschaft und Presse" und feierte die Presse als Vermittlerin der Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungen an die Volksgesamtheit. Chefredakteur Lorck entwarf in einem kurzen Rückblick über „Zehn Jahre Reichsverband" ein Bild von den mühevollen Arbeiten, die zu der Bildung der journalistischen Berufsorganisation geführt haben.

Deutscher Reichstag.

55. Sitzung. Montag, 24. Januar, 1 Uhr nachmittags.

Haus und Tribünen sind nur sehr schwach besetzt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Unabhängigen-Interpellation, betreffend **Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland.**

Abg. **von Kemnitz** (D. Vpt.) erklärt sich mit der Grundtendenz der Interpellation einverstanden, bedauert aber, daß wir die Bahnen der Bismarck-Russenpolitik verlassen haben und stellt fest, daß Rußlands und Deutschlands Interessen parallel laufen, aber das alte Rußland besteht nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210125013/fragment/page=0001

mehr. Freilich würde der Bolschewismus äußerlich kein Grund sein, nicht mit ihm zu verhandeln, da der Bolschewismus aber nach Lenins eigenen Worten die Weltrevolution herbeiführen will, ist zwischen uns kein Verhandeln möglich. Dazu kommt, daß niemand verlangen kann, daß wir Waren nach Rußland schicken, da keine Garantie für Gegenleistung besteht.

Als die äußerste Linke durch lebhafte Zwischenrufe gegen diese Aeußerungen protestiert, entgegnet Redner, er habe nichts dagegen, wenn die gesamten Kommunisten und Unabhängigen nach ihrem geliebten Moskau wanderten. Mit der Einleitung von Vorarbeiten zur Wiederaufnahme von Beziehungen zu einem bürgerlichen Rußland, dessen Wiedererstehen binnen kurzem zu erwarten sei, sei er einverstanden. Es werde aber lange dauern, bis wir mit Rußland zusammen wieder eine Stütze des Weltfriedens bilden könnten, und dann werde der Tag sein, an dem wir wieder ein geeintes Volk würden.

Abg. Gothein (Dem.): Für Fürst Bismarck sei Rußland erst in zweiter Linie gekommen, desgleichen schienen ihm die Ideen von dem künftigen Verhältnis zu einem bürgerlichen Zukunfts-Rußland doch stark illusorisch. Die diplomatischen Beziehungen müßten wieder aufgenommen werden, aber der betreffende Gesandte müsse verpflichtet sein, sich nicht in unsere Politik einzumischen, sonst müßte ihm der Stuhl vor die Türe gesetzt werden. An die unbegrenzten Möglichkeiten der russischen Reichtümer, die Abg. Crispien geschildert habe, könne er nicht recht glauben. Die frühere große Getreideausfuhr war nur möglich, weil das Volk die Steuern in Form von Getreide zahlen mußte, selbst aber hungerte. Redner kritisiert sodann die Kohlen- und die Eisenindustrie, die er als völlig darniederliegend schildert. Das Eisenbahnwesen Rußlands versagt vollkommen. Abg. Crispien sagt, Rußland kann alles gebrauchen, womit will Rußland aber bezahlen und Gold ist auch in Rußland knapp. Wir haben selber kein Geld und können auch der russischen Volkswirtschaft nichts borgen. Die Holzkonzessionen Rußlands bedingen kostspielige Anlagen von Eisenbahnen und enthalten soviel Einengungen, daß das Ueberschreiten dieser Bestimmungen förmlich herausgefordert wird. In diesem Falle ist die Konzession aber verfallen. Unter diesen Umständen hat niemand Lust solche Holzkonzessionen zu erwerben. Das einzige wäre Schaffung einer Treuhand-Gesellschaft, die im Clearingverkehr die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland betreibe. Da es in Rußland aber keinen Privathandel gibt, vielmehr der einzige Handeltreibende die Sowjetregierung selbst ist, erscheine auch dieser Weg nicht aussichtsreich. Trotzdem muß versucht werden, die diplomatischen wie die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland wieder aufzunehmen.

Abg. Frau Zetkin (Kom.): Die Politik der jetzigen Regierung steht, wie die aller früheren Regierungen, im Zeichen des „Es wird fortgewurstelt". Die Russenpolitik der Regierung richtet sich nach den Wünschen der Entente, wenn sie auch sich viel darauf einbildet, sich an der Blockade gegen Rußland nicht beteiligt zu haben. Gegen Frankreich hätten wir uns mit Rußland verbünden müssen; wir werden doch nicht gleich pazifistische Anfälle bekommen, wenn wir das Wort Krieg hören. (Heiterkeit.) Rednerin wendet sich sodann gegen die Unabhängigen und hält ihnen ihre antibolschewistische Agitation vor. Die Rede des Ministers war die Gabe des „Mädchens aus der Fremde". Auf einen Zwischenruf des Abg. Ledebour verbittet sich Frau Zetkin entschieden jede Einmischung. Rednerin weist darauf hin, daß infolge der Nichtgenehmigung der Einreise russischer Sachverständiger große vom Vertreter Rußlands abgeschlossene Handelsgeschäfte wieder gelöndigt worden sind, so z. B. Abschlüsse über landwirtschaftliche Maschinen in Höhe von 65 Millionen, über elektrische Artikel im Betrage von 31 Millionen und über pharmazeutische und chemische Produkte in Höhe von 20 Millionen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Wenn jemand sich in russische Angelegenheiten gemischt hat, so war es Graf Mirbach, der den Kurierdienst und das Rote Kreuz benutzt hat, um das Vermögen russischer Aristokraten der Konfiskation zu entziehen. (Hört, hört! links.) Rednerin versucht schließlich nachzuweisen, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen mit der Sowjetrepublik auch heute nur ein Vorteil sein würde.

Abg. Breitscheid (U. S.) konstatiert, daß auch bei den bürgerlichen Parteien vielfach eine Zustimmung zur Grundtendenz des Antrages hervorgetreten sei, mit alleiniger Ausnahme der Deutschnationalen. Aber die Ludendorff und Genossen hätten mit ihren Anerbietungen zum gemeinsamen Kampf aller Völker gegen Rußland wieder einmal bewiesen, daß immer Unsinn herauskomme, wenn Generale Politik machen wollen. Genau so wenig, wie wir uns geweigert haben, mit Horthy (Ungarn) einen Wirtschaftsplan abzuschließen, so wenig dürfen sie es Rußland gegenüber. England hat mit Rußland abgebrochen, als es sich um die Deckung der russischen Schuld aus der ersten Kriegsphase handelte. Gegenüber dem Zentrumsredner und dem Minister müßte er zugeben, daß die wirtschaftliche Lage in Rußland allerdings zurzeit eine Misere sei. Rußland kann in absehbarer Zeit kein Getreide liefern, es kann nur in Gold und Platin zahlen. Herr Kopp hat es uns selbst gesagt, schon nach wenigen Jahren wird Rußland dann wieder in Waren zahlen können, das hat auch England erkannt. Warum soll Deutschland das nicht auch tun? Ueber Polen will ich angesichts der Abstimmung in Oberschlesien nicht sprechen. Redner schließt mit einer Polemik gegen Frau Zetkin und die Kommunisten. Man rede hier immer noch von der Sühne. Man hat doch Herrn Helfferich nach Rußland gesandt; soll Rußland noch mehr bestraft werden? (Heiterkeit.) Solange Rußland und Deutschland nicht wieder in das Weltgetriebe eingeschaltet sind, ist die Weltkrisis nicht beseitigt, deshalb müssen alle Widerstände beseitigt werden.

Damit schließt die Debatte. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Zum Etat der Justizverwaltung liegt ein Antrag Radbruch (Soz.) vor, der sofort und vierteljährlich Uebersichten über die vor dem Reichsgericht schwebenden bzw. erledigten Fälle von Kriegsverbrechen verlangt, einen Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 105 bzw. 128 der Reichsverfassung in Beziehung auf die Justiz fordert und Gewährung von Vergütungen an Referendare von den Landesregierungen erheischt.

Mit dem Etat wird gleichzeitig die Interpellation der Kommunisten wegen des Amnestiegesetzes verbunden:

Abg. Remmel (Kom.) begründet die Interpellation und weist darauf hin, daß die Justiz die Amnestieerlasse zum Teil gar nicht beachte. Die Führer des Kapp-Putsches sollen nicht unter das Amnestiegesetz fallen, trotzdem ist noch keiner gefaßt. Andererseits sitzen von denen, die gegen jene zu den Waffen gegriffen, noch viele im Gefängnis. Auch der Reichstag denkt nicht daran, die Rechte dieser Leute zu schützen, sonst hätte er den Bayern-Antrag nicht abgelehnt. Graf Arco wird in Bayern geradezu als ein Nationalheld gefeiert. Das Amnestiegesetz muß genau angewendet werden, Ausnahmen darf es nicht geben. Redner führt eine Anzahl von Fällen an, wo das Gesetz nicht angewendet wurde und sieht darin einen Beweis, daß reaktionäre Beamte und Richter die Republik sabotieren. Jedenfalls vermißt die Arbeiterklasse alle Rechtsgarantien. Als der Redner bei Erörterung eines Falles die Justiz schmutzig und dreckig nennt, wird er vom Vizepräsidenten Dr. Bell zur Ordnung gerufen. Ein zweiter Ordnungsruf wird ihm zuteil, als er in Beantwortung von Zurufen der Rechten erklärt, die deutsche Justiz sei schamlos. Der Abg. Adolf Hoffmann beantwortet den seinem Parteifreunde zudiktierten zweiten Ordnungsruf mit dem Zuruf: Deshalb bleibt die deutsche Justiz doch schamlos. Er erhält dafür ebenfalls einen Ordnungsruf. Wie sieht es mit der Aburteilung der Kriegsverbrecher? Das Gericht hat hier ausgerechnet drei Arbeiter, frühere Unteroffiziere, herausgegriffen und abgeurteilt, die Offiziere seien unbehelligt gelassen. Das heißt doch dem Auslande Sand in die Augen streuen. Aber man sucht nur bei Arbeitern, bei den Kommunisten nach Hochverrat, nicht bei der Reaktion. Die Justizjie ist zu einer von schmutzstarrenden Erscheinung geworden. (Vizepräsident Dr. Bell ersucht den Redner wiederholt, sich in seiner Ausdrucksweise zu mäßigen.) So blutig und brutal ist die Justizjie ja nicht einmal früher in Erscheinung getreten. (Hört, hört!) Aber fahren sie nur so fort, sie sorgen selbst dafür, daß die Arbeiterschaft über Sie sich selbst ihr Recht suchen wird.

Nächste Sitzung morgen nachmittag 1 Uhr: Weiterberatung; Anfragen; Aenderung der Geschäftsordnung; Genehmigung zur Strafverfolgung Erzbergers; kleiner Vorlagen und Fortsetzung der Etatberatung. (Schluß gegen 8 Uhr.)

Deutsches Reich.

Der Völkerbund ernennt den Präsidenten des Danziger Hafenausschusses. Der derzeitige Danziger Oberkommissar Attolico hat an den Völkerbundsrat das Ersuchen gerichtet, einen Präsidenten für den Danziger Hafenausschuß zu ernennen. Artikel 19 der Konvention zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig schreibt vor, daß die Danziger und die polnischen Mitglieder des Ausschusses sich innerhalb eines Monats vom Inkrafttreten der Konvention an über die Person des Präsidenten des Hafenausschusses zu einigen haben. Da eine Einigkeit in dieser Frage nicht erzielt werden konnte, erfolgte der oben erwähnte Schritt des Oberkommissars, wobei noch darauf hinzuweisen ist, daß der vom Völkerbundsrat zu ernennende Präsident gemäß Art. 19 der Konvention schweizerischer Nationalität sein muß.

Die Rheinlandkommission droht mit Ueberwachung der Paketpost. Die Interalliierte Rheinlandkommission erläßt folgende Warnung: Es sind in letzter Zeit Fälle vorgekommen, daß unter Verstoß gegen Art. 3 der Ordonnanz Nr. 67 der Rheinlandkommission der Post, vor allem der Paketpost Waffen und Munitionssendungen zur Beförderung übergeben wurden. Es wird darauf hingewiesen, daß abgesehen von den Strafen, die gegen die Uebertreiung der Ordonnanz verwirkt werden, weitere Verstöße dieser Art die Rheinlandkommission zwingen werden, von ihrem bisher nicht angewandten Rechte aus Art. 11 der Ordonnanz Nr. 3 Gebrauch zu machen und eine allgemeine Ueberwachung der Paketpost anzuordnen.

Eine Wendung im Streit um die Bismarck-Erinnerungen? Wie der „Dena" aus Stuttgart gedrahtet wird, soll in den Verhandlungen des Cotta'schen Verlages mit den Bismarckschen Erben nunmehr eine Wendung im Sinne einer bevorstehenden Einigung eingetreten sein. Wie verlautet, soll der dritte Band der Bismarckschen Erinnerungen bereits Mitte Mai zur Ausgabe gelangen.

Auslands-Rundschau.

* Auflösung der interalliierten Kontrollkommission in Wien. Die Botschafterkonferenz nahm den Bericht des Marschalls Foch über die Frage der beabsichtigten Auflösung der interalliierten Kontrollkommission in Wien entgegen und traf dahingehende Anordnungen.

d'Annunzio in Venedig eingetroffen. d'Annunzio ist in Venedig eingetroffen. Er hat zu seinem Wohnsitz den Palazzo Barbarigo erwählt. Seit seiner Anwesenheit in der Lagunenstadt ist er aus seiner Zurückhaltung noch nicht herausgetreten, ja er hat nicht einmal seine Wohnung verlassen. Nur einige seiner vertrauten Freunde wurden bisher zum Empfang angenommen, darunter der Führer der Fiumaner Freiwilligen Marsch.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die türkische Regierung ein Abkommen unterzeichnet, wodurch alle Ausgaben in Zukunft einer internationalen Finanzkontrolle unterstellt werden. Die Verwaltung der öffentlichen Schuld hat sofort 400 000 türkische Pfund gegen Sicherheit auf die Golddepots bei der Ottomanischen Bank zur Verfügung gestellt.

Die russisch-englischen Verhandlungen. Nach einer Mitteilung des Reuterschen Bureaus werden von englischer zuständiger Seite die pessimistischen Aeußerungen, die Krassin in der Auslandspresse gemacht hat, als weitere Anzeichen dafür betrachtet, daß Krassin die Angelegenheit nicht ernst nehme und daß sich der Verdacht bestätigt, daß Moskau nicht beabsichtigt, den Handelsvertrag auf der bereits vereinbarten Grundlage auszuführen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 25. Januar 1921.

Das Umzugsverbot vom vorletzten Sonntag.

Wie die Pressestelle der preußischen Staatsregierung mitteilt, ist das Verbot des Umzuges, den der Deutsche Volksschutz- und Trutzbund in Halle für den 16. Januar plante, auf folgendes zurückzuführen:

„Der Umzug, bei dem man mit der Teilnahme von 5 bis 6000 Personen rechnete, sollte zwei Tage vor dem Tage der Reichsgründung und zwar an jenem Sonntag stattfinden, für den auch die Kommunisten eine Gedenkfeier aus Anlaß des Jahrestages der Ermordung von Liebknecht und Rosa Luxemburg angesetzt hatten. In Verhandlungen mit dem Oberpräsidenten Hörling hatten die Gewerkschaftsführer erklärt, sie könnten die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung nur übernehmen, wenn nicht Ereignisse einträten, die die Arbeiter in die Hände der Hetzer treiben würden. Die Kommunisten hatten erklärt, daß sie den deutschnationalen Umzug an dem Tage ihrer Totenfeier als eine Provokation ansehen würden, und es hatte sich bereits darüber eine sehr starke Pressepolemik entsponnen. An Reichswehr standen der Regierung nur 200 Mann in Torgau zur Verfügung; die in Umbildung begriffene Schutzpolizei zählte nur die Hälfte ihrer Sollstärke."

Falls es zu Unruhen gekommen wäre, so sei zu befürchten gewesen, daß diese sich auch nach dem Freistaat Sachsen ausdehnen würden. Aus allen diesen Erwägungen heraus habe dann die Regierung in Merseburg den Umzug verboten.

Abgabe der Wählerkarten. Bei Zusammenstellung der Wahlkartei im städtischen Wahlbureau hat sich herausgestellt, daß ein Teil der durch Vermittlung der Hauswirte an die Mieter ausgegebenen Wählerkarten im städtischen Wahlbureau noch nicht eingeleufen ist. Dies wird vielfach darauf zurückzuführen sein, daß Hauswirte oder Hausleute annehmen, die durch Polizeibeamte ihnen übergebenen Karten würden von diesen nach Ausfüllung auch wieder abgeholt. Vorgesehen war dies allerdings. Wo es bisher aber nicht erfolgte, müssen die Karten sofort durch die Hauswirte oder Hausleute im städtischen Wahlbureau (Feilbietungsraum des städtischen Leihamts, Marktkirche Nr. 4, Eingang Hallmarktreppe) abgegeben werden. Andernfalls verlieren sämtliche Wähler dieser Häuser ihr Stimmrecht, da sie nicht in der Wahlkartei stehen. Wer in der Wahlkartei eingetragen ist, muß seine Wahlkarte von der Behörde zurückerhalten haben. Darauf müssen also Wähler und Wählerinnen achten.

Rentenzahlung bei der Post. Die Zahlung der Militärrenten und der Invaliden- und Unfallrenten findet an den Hauptzahltagen in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags beim Postamt I, Gr. Steinstraße, wie folgt statt: a) für Militärrenten am 28. Januar für die Nrn. 1 bis 15 000, am 29 Januar für die Nrn. 15 001 bis Schluß; b) für Invaliden- und Unfallrenten: am 1. Februar für die Nrn. 1 bis 3800, am 2. Februar für die Nrn. 3801 bis Schluß. Auf rechtzeitige Abhebung der Renten wird wiederholt hingewiesen. — Beihilfen für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung sind nur zahlbar an Empfänger, die keine Militärversorgungsgebührnisse beziehen. Jeder Invalidenrentenempfänger, der keine Militärversorgungsgebührnisse bezieht, hat am Zahltage eine schriftliche Erklärung hierüber abzugeben. Der Vordruck zu der Erklärung wird in diesen Tagen durch die Post übersandt werden. Veteranenbeihilfen gehören nicht zu Militärversorgungsgebührnissen. Die Empfänger von Veteranenbeihilfen haben Anspruch auf die Beihilfe aus der Invalidenversicherung. Die Beihilfen zu den Waisenrenten werden nach der Zahl der Waisen berechnet.

Die Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen in Merseburg beabsichtigt dem Vernehmen nach in Kürze die sogenannte Baunotversicherung in ihrem Geschäftsgebiete (den Städten unserer Provinz) einzuführen. Diese Versicherung soll vornehmlich dem Wohnhausbesitz gegen mäßige Versicherungsbeiträge volle Deckung bei Brandschäden in Höhe der jeweiligen Baupreise gewähren.

Familien-Nachrichten

Geboren: Kurt Saß, Halle (S.).

Gestorben: Gutsbesitzer Richard Rühl, Grabschütz (62 J.). Frau verw. Strafanstaltsinspektor Minna Gajewski geb. Berger, Halle (66 J.). Chemiker E. H. Otto Schulz, Bösdorf a. Elster. Kaufmann Rudolph Rödel, Halle (39 J.). Frau Liberta Bartsch geb. Thielecke, Krondorf (49 J.).

Provinzial-Nachrichten.

Furchtbare Grubenkatastrophe.

♣ Delsnitz i. Erzgeb., 24. Jan. (Tel.) Auf dem Friedensschacht der Bergbau-Gewerkschaft erfolgte heute früh eine Schlagwetter-Explosion. Bisher sind 25 Tote und etwa 40 Verletzte geborgen worden. Etwa 150 Bergleute sind noch eingeschlossen. Die Rettungsarbeiten sind in vollem Gange.

Zu obiger Meldung erfahren wir ergänzend durch einen telegraphischen Spezialbericht:

Delsnitz, 24. Januar. Auf dem Friedensschacht der Bergbaugewerkschaft erfolgte heute früh eine Schlagwetterexplosion. Von den Bergleuten sind 58 getötet, 26 zum Teil schwer verletzt worden. Die übrige Belegschaft ist geborgen.

* Goslar, 24. Jan. (Die städtischen Körperschaften) bewilligten einen Kredit von 2 Millionen Mark zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Von den übrigen Vorlagen der Tagesordnung sind hervorzuheben die Erhöhung der Arbeitslöhne für die städtischen Arbeiter. Auf den im Sommer abgeschlossenen Tarif wurde eine Zulage von 20 Proz. gewährt.

⚒ Hildburghausen, 24. Jan. (Zur Begrüßung des neuen Landtags für Großthüringen) bringt die „Darzeitung" einen Artikel, in dem es u. a. heißt: „Coburgs Abfall bleibt immer zu bedauern. Aber es war — eine Magenfrage, weshalb Coburg über den Main wanderte. Speck und Schinken lagen so verführerisch vor seinen Türen. Uns Thüringer locken solche kulinarischen Genüsse nicht. Wir haben höhere Ideale: politische und religiöse Freiheit! Mag der Coburger jetzt schnadahüpfeln:

Ka Coburger will i mehr heiße,
Möcht' lieber a Bayer sein!
Mei Herz schlug zwar für Preiße,
Doch mei Magen — knurrt nach dem Main!

Der Thüringer singt dafür:

Vom Saale bis zum Werrastrand
Und noch e bissel weiter,
Halt ich zum freien Thüring-Land
Und — seinem Luther-Streiter!

= Sondershausen, 23. Jan. (Moderne Eltern.) Bei den Unterhaltungsabenden und Vereinsbällen mußte man feststellen, daß in auffällig großer Anzahl schulpflichtige Kinder, bleich und schmalwangig, bis herunter zu 7 bis 8 Jahren, in später Nachtstunde teilnahmen. Auf dem Tanzstunden-Maskenball konnte man sogar 12jährige Realschüler im Maskenkostüm das Tanzbein schwingen sehen. Angesichts der schrecklich in Zunahme begriffenen Tuberkulose ist das Verhalten der in Betracht kommenden Eltern ganz unverständlich.

√ Nordhausen, 24. Jan. (Die erste Ladung jugoslavischer Schweine) ist auf dem hiesigen Schlachthofe eingetroffen und werden hier geschlachtet. Es ist dies seit dem Jahre 1893 das erstmal wieder, daß ein solcher Transport hier eintraf.

Liebenwerda, 24. Jan. (Elbe-Oder-Kanalverein.) Am 20. Januar fand in Frankfurt a. O. im Anschluß an die Hauptversammlung des Brandenburgischen Obervereins die Gründungsversammlung des Elbe-Oder-Kanalvereins statt. Der Elbe-Oder-Kanal soll nach den technischen Ausführungen des Gubener Stadtbaurats Dr. Platmann eine Verbindung von der Elbe bei Dresden über das Niederlausitzer Braunkohlen- und Industriegebiet nach der Oder bei Fürstenberg und Frankfurt herstellen. Zum Vorsitzenden wurde der Oberbürgermeister von Guben, Dr. Glücksmann, gewählt und Guben als Sitz des Vereins bestimmt. In Anbetracht der hervorragenden wirtschaftlichen Bedeutung des geplanten Kanals trat dem Verein eine große Anzahl von Mitgliedern bei, unter anderen Städte wie Dresden, Stettin, Frankfurt, Guben und die großen Industrieunternehmungen der Niederlausitz.

§ Schladen, 24. Jan. (Verhaftung von Banditen.) In Göddeckenrode sind zwei Männer verhaftet, die im Verdacht stehen, den Raubüberfall in Schladen ausgeführt zu haben und an dem Raubmord auf der Asse beteiligt zu sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210125013/fragment/page=0002

Z Zellingenhaus, 23. Jan. (Brandstiftungen.) In Dengenfeld u. St., einem Dorf von 1600 Einwohnern und nur 1800 Morgen bewirtschafteter Fläche, also nur kleinbäuerlichen Betrieben, erstehen Bauern Drahbriefe! Innerhalb der letzten Woche wurden zwei Brände gelegt. Am Mittwoch morgen brannten mehrere Scheunen und Ställe nieder. Glücklicherweise sind die Wasserverhältnisse des Dorfes günstig, so daß die Feuerwehr ein weiteres Umsichgreifen des Feuers verhindern konnte. Die Erregung unter den Dorfbewohnern ist groß.

Kunst und Wissenschaft.

Das Fiasko des Herrn von Unruh.

Zu der Erfindung des Ingenieurs von Unruh über die Atomzerstäubung wird berichtet, daß die Erfindung in der physikalisch-technischen Reichsanstalt in Berlin untersucht worden und Herrn von Unruh mehrmals Gelegenheit gegeben worden ist, den Apparat vorzuführen. Es ist ihm aber niemals gelungen, auch nur eine Andeutung der behaupteten Elektrizitätserzeugung nachzuweisen. Auf die Frage, warum der Apparat versage, antwortete er mit der Behauptung, die zur Auslösung des Vorganges dienenden Schwachstrombatterien seien nicht stark genug und ließen sich nicht richtig „abstimmen". Dabei hatte er die Batterien selbst mitgebracht, nachdem zuvor eine Vorführung des Apparates mit Akkumulatoren, die die Reichsanstalt zur Verfügung stellte, ebenfalls ergebnislos gewesen war. Eine weitere Klärung der Frage wurde dadurch verhindert, daß Herr von Unruh sich krank meldete. Da Herr von Unruh die Angelegenheit bereits durch Monate dahingeschleppt hatte, ehe er sich zur Vorführung des Apparates einstellte, lehnt die Reichsanstalt es ab, sich auf weitere Vorführungen einzulassen.

Die ganze Schaltung des Apparates entbehrt einer vernünftigen Grundlage. Wenn wirklich an der von Herrn von Unruh behaupteten Stelle eine Spannung von 220 Volt auftrete, so würde mindestens doch eine Schwachstrombatterie durch Kurzschluß der 220 Volt zerstört werden. Die Erklärung der behaupteten Wirkung durch Atomzerstäubung ist eine Irreführung mit Schlagworten aus der modernen Atomphysik. In der Anordnung des Apparates ist nicht das geringste zu erkennen, was auf eine Atomspaltung hindeutet. Es ist von ihm jedenfalls auch gar nicht versucht worden, der physikalisch-technischen Reichsanstalt eine solche Erklärung zu geben. Demnach muß, wie das Reichsministerium des Innern bemerkt, dringend davor gewarnt werden, irgend welche Hoffnungen an den Krafterzeuger des Ing. von Unruh zu knüpfen.

Vermischtes.

Protestschließung der schwedischen Hotels. Wie man uns aus Stockholm meldet, haben die schwedischen Hotels beschlossen, zum Protest gegen die neuen Bestimmungen des Systems Brahl, das eine Rationierung des Alkoholverbrauchs vorsieht, für die Dauer von vierzehn Tagen ihre Betriebe zu schließen.

Blitzschlag im Winter. Aus Rüsselsheim berichtet man: Die Wintergewitter dieser Woche haben ziemlichen Schaden angerichtet. Insbesondere sind auch, was bei winterlichen atmosphärischen Störungen dieser Art selten ist, Blitzschläge zu verzeichnen. So schlug hier der Blitz in einen Schornstein der Opelwerke und in einen Pferdestall der gleichen Firma, tötete ein Pferd und verletzte drei andere so schwer, daß sie alsbald geschlachtet werden mußten.

30 Jahre Zuchthaus. Der in der Gegend von Recklinghausen und Herne berüchtigte Einbrecher Fritz Breuer, welcher bisher schon über 25 Jahre Zuchthaus an Strafen erhalten hat, gab sich soeben wieder ein Stelldichein aus dem Zuchthaus vor der Strafkammer. In drei Prozessen hatte er sich wegen schwerer Schweinediebstähle in den Landgemeinden um Recklinghausen mit Komplizen zu verantworten. Breuer erhielt Zusatzstrafen von 6 Jahren Zuchthaus, so daß er über 30 Jahre Zuchthaus zudiktiert erhalten hat. Nun wird er sich anfangs Februar wiederum in zwei Diebstahlsprozessen zu verantworten haben. Seine Komplizen und Hehlerinnen, darunter die Schwester des Breuer und seine Braut, erhielten Gefängnisstrafen von einem Monat bis acht Monaten. Breuer meinte, „die Kommunisten würden ihn bald befreien".

In der Manege gestorben. Im Zirkus Busch brach der Clown Richard Merkel, als er die Manege betreten wollte, plötzlich tot zusammen. Ein Blutsturz hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Schriftliche Abtretung der Ehe-Rechte. Der Professor Philip Franzen in Berlin kehrte abends friedlich aus dem Theater nach Hause, als plötzlich ein Nachbar namens Anthes hinter einem Vorhang hervortrat und ihn mit einem Revolver bedrohte. Der Attentäter wies auf die ebenfalls im Zimmer befindliche Mrs. Franzen hin und sagte: „Sie ist nicht Ihre Frau, sondern die meine. Ich bin ihr elf Jahre lang nachgelaufen. Nun will ich sie mit mir nehmen. Unterzeichnen Sie dies Papier, in dem Sie auf Ihre Eherechte verzichten." Der Professor wandte sich zu seiner Frau: „Ist das wahr?" Diese nickte und trat an die Seite des Mannes, der noch immer seinen Revolver drohend gegen den Ehemann gerichtet hielt. Darauf unterschrieb Franzen; der andere steckte das Papier ein, schlang seinen Arm um die Frau und verschwand mit ihr. Professor Franzen war zehn Jahre lang verheiratet; auch der Räuber seiner Gattin ist verheiratet.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Ueberfüllung mit deutscher Kohle . . .

w. London, 24. Jan. „Daily Chronicle" meldet, daß die Abnahme der Nachfrage nach Südwales-Kohlen infolge der Ueberfüllung des Kontinents mit deutscher und englischer Kohle zu einer ernsten Depression in Cardiff geführt hätte, die die Schiffahrt unmittelbar in Mitleidenschaft zieht. In Cardiff seien bereits 50 Schiffe aufgelegt worden.

Preisabbau in der Krawattenindustrie. Der Verband der Krawattenstoff-Fabrikanten in Krefeld hob laut „Volkszeitung" den bisherigen 15prozentigen Teuerungszuschlag auf alle lagernden Waren auf.

Halberstädter Bank A.-G. in Liq. Die Liquidationsbilanz zum 30. November ergab einen Verlust von 250 569 Mark.

Das Kölner Blei-Syndikat hat seine Verkaufspreise weiter um 50 auf 700 Mark für den Doppelzentner ermäßigt.

Volkerode. Die außerordentlichen Generalversammlungen der Gewerkschaften Volkenrode und Beienrode sowie die Kalimarke Niedersachsen Aktiengesellschaft genehmigten eine Anleihe von 10 Mill. Mark für Volkenrode und in 7½ Mill. Mark für Beienrode und Niedersachsen.

Kammgarnspinnerei Gautsch A.-G. Der Aufsichtsrat beschloß, nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen eine Dividende von 12 Proz. (wie i. V.) und außerdem einen Bonus von 10 Proz. zur Verteilung vorzuschlagen.

(Wiederholt, da nur in einem Teile der Auflage.)

Vom Reichskalirat.

Berlin, 23. Januar. In der am 21. Januar unter dem Vorsitz des Herrn Geheimen Justizrats Kempner abgehaltenen Vollsitzung des Reichskalirats wurde beschlossen, im Hinblick auf die gegenwärtig herrschenden Teuerungsverhältnisse die Kostenbeiträge, die aus Fonds des Reichskalirats in Sinne der Bekanntmachung vom 16. Februar 1920 den für die Ausführung von Kalisiedlungsplänen zugelassenen Versuchsstationen und Handelschemikern gewährt werden, von 9 Mark auf 18 Mark mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab zu erhöhen. Auch wurde die Abänderung der Bekanntmachung des Reichskalirats vom 21. Dezember 1920, betreffend Anwendung des Kaliwirtschaftsgesetzes auf die bei der Wasserverarbeitung von Chlorkalium und schwefelsaurem Kali gewonnenen Kalisalzfabrikate, wonach in diesen Vorschriften die Worte „nahezu chemisch reine Produkte" zu streichen sind, unter Zubilligung von Aufschlägen zu den gesetzlichen Inlandshöchstpreisen für die Raffination des Chlorkaliums und schwefelsauren Kalis genehmigt. Der Eingabe des Deutschen Kalisyndikats wegen Stellung eines Antrages bei der Reichsregierung auf alsbaldige Aufhebung der Bekanntmachung vom 10. Januar 1915 betreffend Verbringen von Kalisalzen zu Inlandspreisen auf jenseits der Grenze belegene Grundstücke zum Zwecke der Düngung, sofern diese Grundstücke von innerhalb der Grenze belegenen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden aus bewirtschaftet werden, wurde im Hinblick auf den zur Zeit in ungeheurem Umfange bestehenden Schmuggel mit Kalisalzen stattgegeben. Es wurde die Ersatzwahl eines zweiten stellvertretenden Beisitzers der Kaliüberprüfungsstelle erster Instanz im Sinne der Durchführungsvorschriften zum Kaliwirtschaftsgesetz vorgenommen.

Auf den Antrag des Deutschen Kalisyndikats G. m. b. H. vom 15. Januar 1921 wegen Erhöhung der Inlandspreise für Kalisalze und Kalisalzfabrikate wurde in Erwägung, daß der Reichskalirat in Aussicht nimmt, eine etwaige Preiserhöhung vom 24. Januar 1921 ab rückwirkend in Kraft treten zu lassen, beschlossen, die Beschlußfassung über den vorgenannten Antrag des Deutschen Kalisyndikats auf den 1. Februar 1921 zu vertagen.

Wanderer-Werke vorm. Winklhofer & Jaenicke, A.-G. in Schönau bei Chemnitz. Der Abschluß für 1919/20 weist einen Bruttogewinn von 21 148 792 (i. V. 6 023 591) Mark aus; Zinsen 6 593 290 (2 282 660) Mark auszuwenden und für Reichsnotopfer, erbrachten 543 395 (703 320) Mark. Für Generalunkosten waren Steuern und unvorhergesehene Ausgaben wurden 3 Millionen Mark zurückgestellt. In Abschreibungen wurden diesmal 2 587 167 (925 564) Mark gefordert. Einschließlich des Vortrages von 695 029 (540 945) Mark stehen als Reingewinn 9 713 005 (3 715 574) Mark zur Verfügung. Die Dividende von 35 (i. V. 20) Prozent erfordert 3 675 000 (1 050 000) Mark, einem neu zu bildenden Versicherungsfonds gegen Schäden aller Art werden 1 Million Mark überwiesen, als Vortrag dienen 803 351 Mark. Ueber die Aussichten könnten zur Zeit keine Voraussagen gemacht werden. Der derzeitige Auftragsbestand sei ein befriedigender.

Saccharin-Fabrik Akt.-Ges. vorm. Fahlberg, List u. Co. in Magdeburg. Für das abgelaufene Geschäftsjahr wird auf das erhöhte Aktienkapital die Verteilung einer Dividende von 15 Prozent (wie i. V.) sowie eines Bonus von 10 (i. V. 0) Prozent in Vorschlag gebracht.

Errichtung einer Holzbörse in Karlsruhe. Die Karlsruher Handelskammer plant die Errichtung einer Holzbörse in Karlsruhe.

Deutsche Continental-Gasgesellschaft in Dessau. Die Gesellschaft nimmt in diesem Jahre die Dividendenzahlung, die im Vorjahre infolge beträchtlicher Rückstellungen für die Warschauer Niederlassung unterbrochen wurde, wieder auf.

Berliner Börse.

(Telegraphischer Spezialbericht der Saale-Zeitung.)
(Wiederholt, da nur in einem Teil der Auflage.)

Börsen-Stimmungsbild.

Berlin, 24. Januar. (Telegramm.) Die geringe Abschwächung des Markkurses am Sonnabend in New York hatte ein in gleichem Verhältnis stehendes Anziehen für die ausländischen Devisenkurse zur Folge. In Rückwirkung dieses Vorgehens zeigte sich die Börse weniger als in der Vorwoche zu Abgaben geneigt, während andererseits aber auch nur vereinzelt sich besondere Kauflust geltend machte, die zudem auch noch meist auf Deckungsgebäuder zurückgeführt wurde. Die Kursbewegung stand im Zeichen der Unsicherheit. Orenstein & Koppel setzten um 25 Prozent höher ein. Auch Deutsche Waffen gewannen 15, Hoesch 20 und Bochumer 8 Prozent. Bemerkenswert war ferner die Besserung der Otavianteil um 70 Prozent, wie von Schantungbahnaktien um 17 Proz. Sonst übermogen die Abschwächungen, die aber nur in einzelnen Fällen in bemerkenswertem Umfange eintraten. Badische Anilin verloren 13, Elberfelder Farben 14, Hoechster Farbwerke 11 Proz. Die Schiffahrtsaktien wurden bei mäßigen Veränderungen nur mäßig umgesetzt. Das Geschäft bewegte sich auch im weiteren Verlaufe bei unbedeutenden Schwankungen nach oben oder unten in mäßigem Umfange. Orenstein & Koppel hüßten von anfänglichen Gewinnen den weitaus größeren Teil ein. Am Anlagemarkte trat Kauflust für preußische Konsols zu anziehenden Kursen hervor.

Devisen.

Berlin, 24. Jan. (Telegramm.) Holland 1988, 1992; Belgien 438,55, 439,45; Norwegen 1156,30, 1158,70; Dänemark 1201,25, 1203,75; Schweden 1283,70, 1286,30; Finnland 205,75, 206,25; Italien 215,75, 216,25; England 224,75, 225,25; Amerika 50,44, 50,56; Frankreich 420,55, 421,45; Schweiz 934,05, 935,95; Spanien —; Wien alt. K. —; Deutsch-Oesterreich abg. 15,73, 15,77; Prag 79,15, 79,35; Ostpreußen 10,98, 11,02.

Produktenmarktpreise.

Berlin, 24 Januar. (Telegramm)
Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg. ab Station.

	Heute	Gestern
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	145—150	145—160
kleinere	130—140	130—140
Futtererbsen	116—120	115—125
Linsen	—	—
Peluschken	110—115	115—120
Ackerbohnen	123—126	120—130
Wicken	95—105	100—105
Lupinen, blaue	55—60	55—60
„ gelbe	63—70	65—70
Seradella, alte	50—68	50—70
„ neue,	50—68	50—70
Raps	—	290
Rübsen	—	5—10
Leinsaat	280—300	280—300
Mohn	—	—
Senfsaat	—	—
Hafer, inländisch u. ausländisch	—	—
Trockenschnitze	53—58	55—60
Torfmelasse	52—54	52—54
Weizenmehl, fein	28—33	28—32
Kleeheu	—	—
Stroh, drahtgepreßt	17,00—18,50	17—18,00
„ gebündelt	16,00—17,50	16,00—17
Roggen-Langstroh	20,00—22	20,00—21
Mais, alto Hamburg, Bremen	—	—
Reis,	178	148
Kartoffeln, sortiert	—	—
Reis, frei Kaimauer, Hamburg per 1 kg	—	—
Brasilian. Bohnen per	—	—
Burmareis, 14 tägig per	—	—
Carolinenreis, per 1000	—	—
Mais, amerikan.	7,50—8,50	7,50—8,50
Weizen, rote	—	—
„ gelbe und weiße	—	—

Produktenmarkt.

Berlin, 24. Januar. (Telegramm.) Am Produktenmarkt spielte das starke Angebot von Hülsenfrüchten die Hauptrolle. Angeblich suchen die Kommunen, die, wie im Vorjahre, große Mengen davon angekauft haben, die jetzt ununterbringliche Ware auch mit großem Verlust loszuwerden. Mais hatte ruhiges Geschäft. Raps war flau. Kraftfutter behauptete seinen Preisstand.

Metallnotierungen.

Berlin, 24. Jan. (Telegramm.) Raffinade-Kupfer 98—99 proz. 1375—1400, Orig.-Hüttenweichblei 480—490, Orig.-Hüttenrohzink im freien Verkehr 550, Remelted Plattenzink 350—360, Orig.-Hütten-Aluminium 98—99 proz (in gelerbten Blöckchen) 2550, Orig.-Hütten-Aluminium (in Walzdraht oder Drahtwaren) 3000, Zinn (Banca, Straits, Billiton) 4800, Hüttenzinn mindestens 99 proz. 4300, Reinnickel 98—99 proz. 4300, Antimon 800, Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kilo 1010—1020, Elektrolytkupfer (per 100 Kilo) 1800.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Die Pariser Konferenz.

Der erste Verhandlungstag.

TUB. Paris, 24. Januar. (Drahtnachricht.) Die erste Sitzung der Pariser Konferenz hat heute vormittag 10 Uhr begonnen. Es waren nur die Chefs der Delegationen anwesend, für Frankreich Briand, unterstützt von Berthelot, für England Lloyd George und Lord Curzon, für Italien Graf Sforza und Botschafter Bonin-Longare und Graf della Toretta, für Belgien Minister Jasper und Theunis, für Japan Graf Ishii, begleitet von zwei Sekretären. Es wurde vereinbart, die Sachverständigen nur nach Bedarf bei den Fragen zu berufen, bei denen sie ihre Ansicht zum Ausdruck bringen sollen. Die Frage der Entmassung Deutschlands wurde zuerst erörtert. Als technische Beiräte wurden alsdann in den Saal eingeführt für Frankreich Kriegsminister Berthou, Marschall Foch begleitet von General Weygand und General Nollet, für England Marschall Wilson und General Bingham, für Belgien General Maglinje und für Italien General Marietti. Marschall Foch sagte die Feststellungen des Berichts des Interalliierten militärischen Ausschusses von Versailles vom 13. Dezember 1920 zusammen und setzte alsdann die augenblickliche Lage Deutschlands hinsichtlich seiner Truppen und ihrer Bewaffnung auseinander. In einzelnen Punkten gaben die Generale Bingham, Nollet und Marietti ebenfalls Aufklärungen. Nachdem die Sachverständigen ihren Bericht erstattet haben, werden die Regierungschefs zur Beratung der Angelegenheit schreiten. — Der Temps will wissen, daß nach Erledigung der Entwaffnungsfrage die Frage der deutschen Kohlenlieferung zur Verhandlung kommen soll. Dann werde vielleicht die Orientfrage erledigt und erst nachher das Reparationsproblem in Angriff genommen werden. Wahrscheinlich werde die Konferenz bis Ende dieser Woche dauern.

Preußen und die Beamtenräte.

DA. Berlin, 24. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Amtlich wird der „Deno" mitgeteilt: Das preußische Staatsministerium hat sich in seiner Montag-Sitzung mit der Frage der Beamtenräte befaßt. Die Ansicht des Staatsministeriums geht dahin, daß unbedingt daran festgehalten werden muß, daß bei den einzelnen Behörden Beamtenvertretungen mit Befugnissen geschaffen werden, die etwa den Bestimmungen des vom Reichsministerium des Innern dem Reichsrat vorgelegten Gesetzentwurfes betr. Beamtenräte entsprechen. Die Frage, ob neben diesen Beamtenvertretungen noch besondere zentrale Beamtenvertretungen für den Umfang des Reichs und der Länder geschaffen werden sollen, wird ebenso wie die Einzelheiten der Bestimmungen des Entwurfs bei der Durchberatung des Reichsgesetzentwurfes zu erörtern sein. Hieraus ergibt sich zur Genüge, daß die hier und da laut gewordene Behauptung, Preußen wende sich gegen die reichsgesetzliche Regelung der Beamtenvertretungen, hinfällig ist.

Ein 5 Milliardenkredit Morgans an Deutschland?

DA. London, 24. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Wie „Daily Mail" aus New York meldet, soll das Bankhaus Morgan bereit sein, Deutschland ebenso wie den übrigen notleidenden Ländern einen Kredit in Höhe von 5000 Millionen Dollars zu gewähren für den Ankauf von amerikanischem Getreide und Wolle, als dessen Unterpfand die deutschen Forderungen in Amerika dienen sollen. Das Blatt fügt hinzu, daß Morgan sich angeblich auf einen Druck der Baumwollfarmer für die deutsche Anleihe entschlossen habe. Die Baumwollfarmer wünschten unbedingt, ihre Waren abzusetzen, um einen weiteren Preissturz und großen Verlusten aus dem Wege zu gehen.

Standrechtliche Erschießung von Rotgardisten deutscher Nationalität durch die Polen.

DA. Riga, 24. Januar. (Eig. Drahtm.) Wie der Rigaer Berichterstatter der „Dena" meldet, sandte der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation Joffe eine in sehr scharfen Ausdrücken gehaltene Protestnote an den Führer der polnischen Delegation Dembski. In dieser Note wird Einspruch gegen das Urteil eines polnischen Militärgerichts erhoben, den neun Angehörige der roten Armee, nämlich Freiwillige deutscher Staatsangehörigkeit, zum Tode verurteilte und das Urteil bereits vollstrecken ließ. Die Namen der erschossenen Leute sind die folgenden: Hermann Wibusch, Richard Kretschmar, Albert Schulz, Konrad Melischke, Julius Eiwert, Albert Rupperius, Karl Redner, Robert Reveill (?) Marius Russing. Das Urteil erging wegen angeblicher Uebergriffe gegen polnische Kriegsgefangene. In seiner Note weist Joffe auf die internationalen Bestimmungen des Kriegsgefangenenrechts, namentlich auf die Haager Konvention, hin, wonach Vergehen, die in die Zeit vor der Gefangennahme fallen, nicht bestraft werden dürfen. Auch deutsche Staatsangehörige, wie in diesem Fall, haben als russische Kriegsgefangene zu gelten und dürfen daher nicht strenger behandelt werden. Die russische Regierung habe das internationale Kriegsgefangenenrecht stets auf Angehörige der polnischen Armee angewandt, auch wenn diese einer anderen Nationalität, z. B. der französischen, angehörten. Joffe erhebt kategorischen Einspruch gegen das Urteil und fordert von Polen die strikte Einhaltung des internationalen Völkerrechts auch gegenüber solchen Freiwilligen der roten Armee, die anderer Nationalität oder Staatsangehörigkeit sind als der russischen.

Verantwortlich i. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Marcella; für den vollswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinzialnachrichten: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Seuchtwanger; Vermischtes, Gericht usw.: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210125013/fragment/page=0003

Kurs der Berliner Börse vom 24. Januar.

(Bis 2 Uhr feststellbare Kurse und vollständige Vortagskurse.)

Die Rubrik vor dem Kurs der Anleihen enthält den Zinsfuß, bei den Aktien die erste Rubrik die vorletzte, die zweite die letzte Dividende. Die Buchstaben hinter dem Kurs bedeuten: B (Brief) = Angebot ohne entstandene Käufe, G (Geld) = unbefriedigte Nachfrage, bG (bezahlt Geld) = nur teilweise befriedigte Nachfrage, bB (bezahlt Brief) = nur teilweise erledigte Verkaufsaufträge, b (bezahlt) = Ausführung aller Aufträge.

Bankdiskont:

Reichsb.-Disk. 5%, Lombardzins 6%, Holland 3½%, Belgien 3½%, Christiania 7%, Kopenh. 7%, Helsingfors 8%, Italien 6%, London 7%, Neuyork 7%, Paris 6%, Schweiz 5%, Spanien 5%, Wienalt 5%, D.-Oest. abg. 9%, Prag 6%, Budap. --

Devisenkurse.

	heutiger Kurs Geld	heutiger Kurs Brief	voriger Kurs Geld	voriger Kurs Brief
Holland fl.	1988.00	1992.60	1988.45	1992.55
Belgien Fr.			402.03	432.96
Norw. Kr.	1156.30	1158.75	1143.85	1146.15
Dänem. Kr.	1201.25	1203.70	1168.80	1171.20
Schwed. Kr.	1283.70	1286.30	1288.70	1291.30
Finnl. F.M.	205.75	206.25	190.80	191.20
Italien Lir.			218.75	219.25
Engld. St.	224.75	225.25	226.12	226.62
Amerika $			60.13	60.32
Frankr. Fr.			414.55	415.45
Schweiz			943.05	944.95
Span. Pes.			809.15	810.85
Wien alt.K.				
D.O.abg.	15.75	15.77	15.88	16.02
Prag	79.15	79.85	89.90	80.16
Budapest	10.98	11.02	10.68	16.57

Deutsche Anleihen		heut. Kurs	voriger Kurs
Reichsbsch. 14	5		—.—
do. 15 fäll. 1922	5	99.80	99.50b
do. 16 fäll. 32	4½	80.40	80.40b
do. Agio ausl.	4½	72.00	72.00b
do. fäll. 24	4½	90.60	90.50b
Reichsanleihe 24	5	77.50	77.50b
do.	4		67.75b
do.	3½		62.10b
do.	3	67.30	66.60b
Schutzg.-Anleihe	4		72.00bB
Sparpräm.-Anleihe	4	85.30	85.30bG
Pr. St.-Sch. 21	5		100.60G
do. 1.2.22	5	98.75	98.80b
do. 1.11.22	5	98.75	98.40b
do. ausl. 1914	4		83.70bG
Preuß. Konsols	4	67.00	64.90b
do. do. Staff. A.	3½	58.60	57.50bG
do. do.	3½	58.00	56.40b
do. do.	3	55.40	53.80bG
Bad. Staats. 01	4	76.25	76.50bG
Bay. St.-Anl.	4	83.50	82.50bG
do.	3½	65.40	65.25G
Brem. 19 ab. 80	4½	96.50	98.50bG
do. 08, 09, 11	4		92.00bG
Hamburg St.-R.	3½	66.00	64.75bG
do. a. St. A. u. 21	4½	93.10	93.10bG
Sächs. St.-Anl. 19	4	79.25	69.60G
do. Staats-Rente	3	58.00	57.00bG

Stadtanleihen		heut. Kurs	voriger Kurs
Altona	4	78.25	78.00G
Berlin 04	4	83.80	83.50b
do. 15	4	83.75	82.50bG
do. 82	3½	87.00	87.00G
Bromberg	4	28.80	39.60G
Cassel	4		—.—
Charlottenburg 99	4	91.00	92.10b
do. 08	4	77.00	78.00b
Cöln 08	4	90.75	91.00G
do. 12	4	90.75	90.75bG
do. 19	4	90.00	90.00bB
Danzig	4	103.60	104.00G
Dortmund	4	81.50	81.30G
Dresden	4	80.25	81.25b
Düsseldorf	4	85.25	86.25b
Frankfurt a. M.	4	96.25	96.60b
do.	3½	88.00	87.00G
Hannover	3½		—.—
Königsberg	4	83.00	85.00G
Magdeburg 06	4		—.—
München	4	94.10	94.90bB
Nürnberg	4	94.10	94.10G
Posen	4		—.—
Schöneberg	4	74.75	76.00b
Stettin	3½		78.00b
Stuttgart	4	93.00	93.60b
Wilmersdorf	4	73.00	73.00b

Preuß. Pfandbriefe		heut. Kurs	voriger Kurs
Berliner Pfandbr.	4	95.40	95.40bG
do. neue	3½	83.75	83.90G
do. neue	3		—.—
Brandbr. Pfandamt	4	97.25	97.20bG
Kur- u. Neum.	3½		—.—
do. Comm.	4	99.50	99.25b
Landsch. Centr.	4	99.00	99.50b
Ostpreuß.	4	85.00	88.50b
Pommersche	4	100.60	100.60b
Sächsische neue	4	99.00	99.50bB
Schlesische	4	98.10	97.25B
Schlesw.-Holst.	4	105.00	104.00G
Westfälische	4	101.00	101.00b
Westpr. neul.	4	61.75	67.75b
Brd. Giro	4½	100.50	100.50b
Zentr. Giro	4	93.75	93.75b
Gr. Berlin	4	72.00	72.90b
Pomm. Giro	4	95.75	95.75b

Losanleihen		heut. Kurs	voriger Kurs
Augsburg	—	84.00	—.—
Braunschweig	—	300.00	—.—
Cöln-Minden	3½	168.75	166.50b
Hamburg	3		—.—
Meiningen	3	173.50	—.—
Sa.-Meiningen	—	90.00	—.—

Ausländ. Anleihen		heut. Kurs	voriger Kurs
Bosnische E.	5	99.25	94.0 bB
Griechische Mon.	4	344.00	345.00b
do. Gold	4	334.00	340.00b
Mexikan. 99	5	593.00	600.00b
do. 04	4	330.00	—.—
Oesterr. Schatz.	4½	34.00	33.50b
do. E.-L.	4½	23.75	23.50bG
do. Gold	4	46.90	48.00bG
do. Kronen	4	27.00	26.75b
do. e. Rente	4	28.00	—.—
Rumän. 08	5	142.00	141.00bG
do. 13	4½	120.00	122.00bG
do. 89	4	103.00	102.75bG
do. 90	4	122.25	123.60bG
do. konv.	4	98.75	98.75bG
do. 05	4	109.75	107.75bG
Türkische Adm.	4	84.12	85.00bG
do. Bagd.	4	145.00	142.00bG
do. unifiz.	4		174.00bG
do. 05	4	72.00	72.00bG
do. 08	4	71.75	69.25bG
do. Zoll	4	82.50	83.50b
do. Lose	—	440.00	450.00b
Ung. Rente 13	4½	22.60	—.—
do. 14	4½	24.50	22.30b
do. Gold	4	50.10	50.10b
do. 10	4	22.00	22.00b
do. Kronen	4	24.50	24.80b
Budapest	4½	41.00	41.00bB
Lissabon	4	113.00	115.00G
Sofia	5	110.00	110.00B
Wien invest.	4	30.80	27.00b
do. Stadt	4	21.00	28.00G
Bul. Hyp.	5	632.00	626.60bG
Mexikan. Bewäs.	4½	406.00	435.00b
Poln. Pfandbriefe	4½	21.00	20.00bG

Int. Hyp.-Pfdb.		heut. Kurs	voriger Kurs
Berliner Hypoth. 18	4	94.75	94.75G
do. abg.	4	90.00	90.00G
D.H.B.Pfdbr. S.1-21	4	92.75	93.00bG
D. Hyp. Bri. 23	4	94.60	94.00bG
do. Schiff	4½	102.50	100.90bG
[illegible] Hypoth.	4	85.10	87.10bG

		heut. Kurs	voriger Kurs
Hamburg Hyp.	4	100.25	100.25bG
Mein. Hypoth. 12	4	97.50	97.50bG
do. 18	4	100.50	101.50G
do. Präm.	4	200.00	200.25G
Preußische Bod. 29	4	91.50	91.70bG
do. 30	4	98.00	98.00bG
Preuß. Cent. B. 90	4	93.00	93.50bG
do. 12	4	97.00	97.00G
Preuß. Hyp. A.B. 11	4	92.75	92.75bG
do. 12	4	96.00	96.00bG
Pr. Pfandbrf. B.	4	91.80	91.80bG
do. 82	4	97.80	97.50bG
Schles. B. C.	4	88.50	88.50bG
Schöneberg. H.	4½		—.—

Eisenbahn-Obligationen.		heut. Kurs	voriger Kurs
Anatolier	4½	130.00	125.25bG
Mazedon.	3	110.00	112.00bB
Oest. St. 1. V.	5	81.25	82.50G
S.-österr.	2½	52.75	50.00bG
do. neu	2½	38.00	35.00b
do.	5	36.00	33.50bG
do. E.	4	24.00	21.00G
Denver Rio	5	330.00	666.00b
Nat. Rail. Mexik.	—	430.00	—.—
Tehuantp.	5	415.00	405.00b
do.	4½	361.00	353.00b

Eisenbahn-A. u. St.-Pr.			heut. Kurs	voriger Kurs
Aachen-Mast.	0	—		—.—
do. S.-S.M.p.St.	u M	—		—.—
Baltimore	0	—	426.00	429.00b
Elektr. Hb.	5½	—	111.00	111.25b
do. 5% Verz.	5	—	101.25	103.00B
Eutin-Lüb.	3½	—	87.25	—.—
Halberst.-B.	0	—	84.00	83.50b
Halle-Hettst.	0	0	68.50	—.—
Königsberg-Cr.	7½	8		143.25b
Krefelder	0	—		—.—
Lübeck-Büch.	3	—	166.50	166.00b
Luxembg.-Pr. H.	8½	—		—.—
Niederlausitz	2½	2½	63.25	62.87b
Oesterr.-Ung.	0	7½	140.00	124.75b
Pennsylvan.	5	—		990.00b
Schantung	2	—	550.00	540.00b
do. G.-S.	1	—	1900.0	1850.00G
Westsizil.	—	—	94.00	90.00bG
Zschipk.-Fin.	11	11		206.00b

Kleinbahn-Aktien.			heut. Kurs	voriger Kurs
Aachener Kl.	0	—	96.00	96.00B
A. E. G. Schn.	4½	—		—.—
do. Verz. A.	5	5	55.75	56.00bB
Allgem. D. Kl.	0	—	80.00	85.00bG
do. Lok. u. St.	6	—	107.25	107.25bG
Danziger El.	7	—		—.—
Deutsche Eis.	6	7	114.00	114.00G
Erfurter elek. B.	7½	0		—.—
Große Cassel	6	0	85.00	85.00bG
Hamburg. Str.	6	—	95.75	96.00G
Magdeburg. Str.	4	—	119.00	119.00b
Posener Str.	—	—		—.—
Stettiner Str.	5½	—		—.—
do. Verz.-Akt.	5½	—		—.—
Südd. Eisenb.	5½	0	107.75	108.00bG
Ver. Eisenb. V.	0	—	35.25	37.00bG

Kleinbahn-Obligationen.			heut. Kurs	voriger Kurs
El. Hochb. 09/12	4½	—	80.50	80.00bG
Allg. D. Kleinb.	3	3	73.25	73.00bG
do. Lok. u. Str.	4½	4½	93.90	93.90b
do. do. uk. 21	4½	4½		—.—
do. do.	4	4	92.90	91.00b
Große Berl. Str.	4½	4½	81.00	83.00bB
do. 1911	4	4	73.50	74.30b

Industrie-Oblig.			heut. Kurs	voriger Kurs
A. E. G. 9	4½	4½	102.50	102.00bG
do. 6-13	4½	4½	102.50	101.50b
do. 1-5	4	4	99.00	98.00bG
Bergmann	4½	4½	99.00	100.00B
Berl. El.-Werke	4	4	86.00	85.00G
do.	4½	4½	94.10	94.20b
D. Uebersee	5	5		—.—
Elektr. Anlagen	4½	4½		—.—
do. Lieferung	5	5	99.25	99.75G
do. Licht u. Kr.	5	5	102.00	102.50b
do. do.	4½	4½	94.50	95.00b
Ges. f. elektr. U.	4	4	90.00	95.00b
do. do.	4½	4½	96.90	97.90b
L. Loewe	4½	4½	99.50	100.00B
Neue Boden	4	4	68.00	—.—
Siem. & Halske	4½	4½		100.75b
do.	4	4	94.00	95.00b
Siem. & Schuck.	4½	4½		102.00b
do. 12	4½	4½		100.00bG

Schiffahrts-Aktien.			heut. Kurs	voriger Kurs
Argo	30	—		709.00b
D. Austral.	—	—	340.00	335.50b
Hamburg-Am. P.	—	—	188.00	190.00b
Hambg. Reed.	—	—	248.00	242.00bG
Hambg. Südam.	—	—	369.00	360.00b
Hansa	—	—	316.00	323.00b
Kopenhagen	60	—		—.—
Nordd. Lloyd	—	—	189.50	190.00bB
Schles. Dampf.	12	—	550.00	545.00b
Ver. Elbe	0	—	403.00	400.00b

Bank-Aktien.			heut. Kurs	voriger Kurs
Badische Bank	8½	—		—.—
Bk. f. Brau.-Ind.	6	7	183.00	183.00b
Bank für Thür.	8	—	225.00	225.00G
do. neue		—	218.50	217.00G
Barmer B. V.	8½	—	172.00	172.00bB
do. Kreditb.	9	—	255.50	255.25b
Bayer. Hand.	5½	—		—.—
Berl. Handel.	10	—	243.00	243.00b
do. Hyp.-Bank	5½	—	112.00	112.25bG
Bres. Bank f. B.	0	—	546.00	550.00bB
Braunschw. Bk.	7½	—	170.50	170.00bG
do. Hann. Hyp.	8½	—	169.25	—.—
Centr. f. Eisenb.	0	—		—.—
Chemn. B. V.	9	—	202.00	203.00G
Cob. Got. Kr.	6	—		—.—
Com. u. Privatb.	8	—	218.50	218.50bG
Danz. Privatbk.	8	—	197.00	197.00G
Darmst. Bank	8	—	184.00	—.—
Dess. Landesbk.	7	7½	152.00	157.00b
D.-Asiat. Bank	—	—	455.00	460.00b
D. Ansiedl.	8	—		—.—
Deutsche Bank	12	—	305.00	320.00b
do. Effect. Bk.	7	—		—.—
do. Hyp. Bank	7½	—	140.00	140.00b
do. Nation. Bk.	8	—	203.00	203.00b
do. Übers. Bk.	6	—	660.00	731.00b
Diskonto Ges.	10	—	246.00	246.00bG
Dresdner Bank	9	—		220.00b
Ess. Kred.-A.	0	—	191.75	190.25b
Goth. Grdkr.	9	—		17 .75b
do. Privatbank	7½	—		168.00G
Hambg. H. B.	10	—	194.00	—.—
Hannov. Bank	8	—	212.00	210.00b
Hildesh. Bank	0	—		—.—
Kieler Bank	6½	—	157.00	158.00bG
Leipz. Kreditbk.	9	—	184.75	185.00bB
Lüb. Komm.	7	—	166.50	165.00G
Lausabg. Bank	—	—	295.50	291.00bG
Meckl. Bank	8	—		—.—
do. Hyp. Bank	15	—		—.—

			heut. Kurs	voriger Kurs
Meckl. Str. Hyp.	3	—		—.—
Meining. Hyp.	7½	—	154.50	155.00bB
Mitteld. Boden	0	—		—.—
do. Credit	8	—	182.50	182.50bG
do. Privatbk.	9	—	214.00	212.00b
Natl. Bk. f. D.	7	—	203.00	203.25bG
Nordd. Grdkr.	6	—	122.00	—.—
Old. Sp. u. L.	10	—	205.00	206.07b
Osnabrck Bank	8	—		167.00bG
Ostbk. f. Hand.	7	—	134.50	134.50bG
Oesterr. Cred.	11,6	—	72.75	68.00b
do. Länderbk.	6	—	68.00	58.00bG
Pfälz. Bank	7	—	162.00	164.00bG
do. Hyp.-Bank	9	—		—.—
Preuß. Bodenkr.	7½	—	142.00	142.75b
do. Centr. Bod.	8½	—	172.50	172.50bG
do. Hyp. A. Bk.	7	—	131.50	128.75bG
do. Pfandbr. Bk.	7½	—	142.50	142.25bG
Reichsbank A.	4,78	—	151.00	153.75bG
Rhein. Hypoth.	9	—		—.—
do. Kreditbank	7	—	170.00	170.25bG
Rh. Westf. Bod.	6	—	134.50	130.50bG
Rostocker Bank	4	—		—.—
Sächsische Bk.	2½	—	306.00	306.50G
Schwarzb. Hy. B.	5½	—		—.—
do. Landesbk.	6	—		—.—
Schl. B. C. B.	7½	—		—.—
Siegen. B. f. H.	7½	—	167.00	167.00G
Südd. Bodenkd.	8	—		—.—
Südd. Disk. Ges.	8	—		197.00bB
Ver. Hamburg	9	—	211.75	210.00bG
Westf. Bod.	6	—	125.00	125.00bB
Wiener B. V.	8½	—	53.50	44.00bG
do. Unionbank	9	—	46.00	35.00bG
Württ. Bk.-A.	7	—		—.—
do. Vereinsbk.	7	—	170.25	170.25bG

Brauereien.			heut. Kurs	voriger Kurs
Berl. Kindlbrau.	12	—		—.—
do. St. Pr.	14	—	352.00	359.00b
Böhm. Brauh.	9	—	350.00	341.00bG

Fortlaufende Notierungen.